



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17 VIII/271 - 21.11.53

Kirweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 039890

Der "Rheinische Merkur" und McCarthy	S. 1
Toleranz in Franco-Spanien	S. 3
Das erste Film-Verbot	S. 4
Der Kanzler und Berlin	S. 5

## Ein deutscher McCarthy gefällig ?

P.R. Den besten Artikel über eine hochpolitische Affaire hat wieder einmal ein Zeichenstift geschrieben, in der Kopenhagener Zeitung "Politiken": Einen kümmerlich zusammengeschrumpften, verängstigten Truman, der von einer uniformierten SS-Type beschattet wird, ruft der Vorsitzende eines amerikanischen Gerichtes mit den Zügen McCarthys zu: "Der Ausschuß hat erfahren, daß der Zeuge Harry Truman am 21. Juli 1945 mit einem führenden Kommunisten namens Josef Stalin in Potsdam gefrühstückt hat".

Diese, die amerikanische Seite dieser Angelegenheit, ist in größter Breite in aller Welt behandelt worden. Ganz kurz zusammengefaßt geht es um folgendes: Eisenhowers Justizminister Brownell beschuldigte den demokratischen Ex-Präsidenten Truman, wissentlich einen sowjetischen Spion in höchster Staatsstellung geduldet zu haben. Truman verwahrte sich dagegen äußerst scharf. Er konnte darauf verweisen, daß der Verdächtige seinerzeit vor einem amerikanischen Bundesgericht für nichtschuldig erklärt wurde, trotz dem Verdacht, der auf ihm lag. Bald danach starb dieser Mann namens White. Er hatte seinen politischen Höhepunkt in der Zeit gehabt, als Stalin noch Roosevelts "lieber Onkel Joe" war, und der damalige General Eisenhower in Gegenwart Morgenthau und des besagten Herrn White die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, wie sie im sogenannten Morgenthau-Plan später Gestalt gewann, als erster empfahl. Es war die Zeit, in der es in maßgebendsten Kreisen fast Mode war, das zu sein, was man später einon

fellow traveller nannte.

Niemand in den USA ist sich nach allen vorliegenden Berichten darüber im unklaren, daß die Ausgrabung der "Affaire White" in diesem Augenblick nichts anderes ist, als ein republikanisches Manöver, durch Verdächtigung des amerikanischen Ex-Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter die zahlreichen eigenen Wahlniederlagen der letzten Zeit vergessen zu machen und eine vorteilhafte Grundlage für einen Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug erster Ordnung gegen den politischen Gegner zu führen. Man bezweifelt auch nicht ernsthaft, daß dieser letzte Exzess des McCarthyismus viel weniger dem Kampf gegen die kommunistische Gefahr, als dem Zweck dient, die demokratische Partei in ihren Spitzen als kommunistisch anfällig oder gar - hörig, hinzustellen.

Für den deutschen Aspekt war ein Artikel im "Rheinischen Merkur" interessant, der warm für McCarthy eintrat, bis zu der Behauptung: "Es ist für Amerika ein Glück, daß es einen McCarthy gibt", wobei der Autor, weil ihm diese Feststellung wohl selbst einigermaßen gewagt vorkam, hinzufügte, "so kritisch man seine, (d.h. McCarthy's) Arbeitsweise auch beurteilen muß". Die Nutzenanwendung für deutsche Verhältnisse wird nicht ausgesprochen, aber unmißverständlich nahegelegt, im ähnlichen Sinne etwa, wie sich einige Wochen vorher das Organ der FDP in Nordrhein-Westfalen für eine Überprüfung der "1945er" im bundesrepublikanischen Staatsapparat eingesetzt hatte ...

Das politische Motiv der deutschen McCarthy-Jünger gleicht dem amerikanischen auf's Haar: Auch hier geht es im Grunde gar nicht so sehr um die kommunistische Gefahr. Ein politisches Kind kann mit Händen greifen, daß es sie in Westdeutschland in nennenswertem Umfang nicht mehr gibt. Es geht vielmehr um die Schaffung psychologischer Voraussetzungen für eine uferlose Gesinnungsschnüffelei gegenüber politischen Gegnern schlechthin und um ihre Diffamierung, indem man sie der Kommunistenfreundschaft bezichtigt. Die Zeit vor den Bundestagswahlen lieferte ja schon eine Fülle von Beispielen dafür.

Mit frommem Augenaufschlag hieß es schon in dem erwähnten Artikel des "Rheinischen Merkur": "Nun wird selbstverständlich niemand, dem es mit der Demokratie ernst ist, Politik durch die Polizei, politische Erpressung durch Schaffung vollendeter Tatsachen und inquisitorische Schnüffelei mit demagogischem Theater billigen oder auch nur

beschönigen wollen". In Wirklichkeit (liegen genau an diesem Punkt -  
 dor gerade deshalb durch die Behauptung des Gegenteils verschleiert  
 werden soll - Absicht und Gefahr. "Ein Glück für Amerika" nennt das  
 rheinische Blatt mit den besten Beziehungen zum Bundeskanzler und der  
 feinen Nase für seine Intentionen den Senator aus Wisconsin. Der be-  
 kannte englische Kulturhistoriker Toynbee aber schreibt zu einer so-  
 eben erschienenen umfassenden McCarthy-Biographie aus der Feder zweier  
 Amerikaner: "Die verheerendste Entlarvung eines Lebenden, die ich  
 jemals las".

+ + +

Freiheit, die ich meine

F.E. Mit den neuen spanisch-amerikanischen Vereinbarungen ist  
 Franco in die Reihe der Verteidiger der demokratischen Freiheiten auf-  
 genommen worden. Das ist ein merkwürdig Ding, denn jeder weiß, wie  
 die spanische Diktatur in einem blutigen Aufstand gegen die eigene  
 republikanische Regierung durch marokkanische Truppen und mit Unter-  
 stützung der faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland an  
 die Macht gekommen ist. Jeder weiß auch, mit welcher polizeistaatlichen  
 Mitteln in Spanien die politische Opposition unterdrückt, die Bildung  
 von der Regierung unabhängiger politischer und gewerkschaftlicher Or-  
 ganisationen verhindert und eine freie Meinungsäußerung ausgeschaltet  
 wird.

Ein besonderes Licht fällt unter diesen Umständen auf das neue  
 zwischen Spanien und dem Heiligen Stuhl abgeschlossene Konkordat. In  
 Art. 6 Satz 3 dieses Konkordats heißt es nach dem von der Presseabtei-  
 lung der Spanischen Botschaft verbreiteten Text:

"Es sind keine anderen öffentlichen religiösen Feierlichkeiten  
 und Zeremonien als die der katholischen Kirche zugelassen".

So sieht die Toleranz in einem Lande aus, in dem der Katholizismus  
 eine der herrschen <sup>den</sup> Gewalten ist. Offenbar fordern die Parteien des  
 politischen Katholizismus die Toleranz nur dort für sich, wo sie sich  
 in einer Minderheit befinden, und verleugnen die Grundsätze der Tole-  
 ranz dort, wo ihre Alleinherrschaft sich gegen jede andere religiöse  
 oder auch politische Überzeugung kehrt. Es ist lehrreich, das durch  
 einen soeben abgeschlossenen Staatsvertrag erhärtet zu sehen, damit  
 wir wissen, wie unduldsam jene Kräfte sein können, die in der Bundes-  
 republik von Toleranz reden, wenn sie um die Erweiterung ihrer eige-  
 nen Macht kämpfen.

+ + +

Lästige Dokumente

R.G. Der Bundesinnenminister hat in Übereinkunft mit den Innenministern und Senatoren der Länder den Hitler-Film "Bis fünf Minuten nach zwölf" verboten. Als Begründung wurde durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verbreitet, daß der Film "besonders in seinem ersten Teil als Verherrlichung des Nationalsozialismus wirke" und daß er geeignet sei, "in politisch nicht erfahrenen Kreisen nazistische Bestrebungen wiederzubeleben und dadurch den inneren Frieden in unserer Volke zu stören".

Nun ist dieser Film mehrere Male und in verschiedenen Fassungen der Film-Selbstkontrolle vorgeführt worden, und die Meinung ist auch angesichts der letzten, freigegebenen Fassung nicht ganz ungeteilt gewesen; aber gerade die Ansicht, daß der Film eine Förderung oder Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankengutes bedeute, hat - mindestens bei der letzten Fassung - kaum eine Rolle gespielt. Wo von derartigen Tendenzen die Rede war, bezog sich das in erster Linie auf die inzwischen gestrichene Rahmenhandlung, in der nun auch wiederum nicht etwa das Loblied des "Führers" gesungen wurde, die aber mit dem unentwegten Entschuldigungsgestammel "wir haben vertraut", "wir haben geglaubt", "wir haben nicht gewußt" immerhin so etwas wie eine Reinwaschung oder eine Verklärung versuchte: Denn es war doch im Grunde damals alles so verlockend und so großartig ...

Aber diese Rahmenhandlung ist fortgefallen, und was bleibt, ist die Verdammung der Naziepoche, sehr geschickt noch durch Überblendungen unterstrichen; man denke etwa an das Bild der Eva Braun, wie sie sich unter der Dusche beseligt streckt und an den Wechsel dieses Bildes zur Dusche der Gaskammer. Mit derartigen Überblendungen ist in der letzten Fassung sehr bewußt und sehr geschickt gearbeitet worden und gerade der Unbefangene - oder wie das Bundesinnenministerium sagen läßt: der nicht genügend erfahrene - Zuschauer wird beschämt und erschreckt vor diesen Bildern stehen.

Nein, es ist etwas ganz anderes, was zwischen den Dokumenten dieses Films aufklingt. Es ist die Parallele zur heutigen Situation, die man fürchtet. Vor dem geistigen Auge des Besuchers stehen neben den Bataillonen Hitlers schon die Divisionen der EWG. Die Politik der Stärke, von Hitler mit der Warnung vor den Gefahren des Bolschewismus

nachdrücklich hinausgeschrien und das Hinüberblenden zu den Trümmerhaufen der Großstädte wirkt abschreckend vor allen militaristischen Tendenzen und ihren leicht vorstellbaren Auswirkungen. Der Film ist in dieser Fassung nicht nur eine Absage an das nationalsozialistische System, sondern <sup>auch</sup> gerade an seinen Appell zur "Wehrfreudigkeit". Der Film reiht Dokumente von erheblicher Beweiskraft aneinander. Wenn später, am Schluß des Films, ebenso dokumentarisch auf den Wiederaufbau der deutschen Städte hingewiesen wird und wenn bei diesem Wiederaufbau die Ära Adenauer deutlich im Hintergrunde steht, so gehen die Gedanken weiter zu der Frage, was daraus einmal werden mag. Das Hitlerreich begann auch in propagandistischem Glanze, die Parallele liegt allzu nah. Und darum sind diese Dokumente lästige Dokumente, und darum ist der Film eine Gefahr. Und darum eben schien es wohl besser, man zeigt ihn nicht ...

+ + +

#### Der anstößige Briefkopf

-ler. Ein Briefkopf der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, der die Bezeichnung "einschließlich Berlins" enthält, hat den besonderen Unmut des Kanzlers erregt. In einem Schreiben an die westalliierte Kommandantur in Berlin erhob der Kanzler Einspruch gegen diesen Briefkopf, dessen Beziehung auf Berlin er für einen "politischen Vorgriff" hielt; die Alliierten sollten, so wünschte es der Kanzler, bei der Berliner Gewerkschaft einschreiten und die Zurücknahme des für ihn anstößigen Brieftitels anordnen.

Die Alliierten lehnten dieses für einen deutschen Bundeskanzler sonderbare, aber für Dr. Adenauer recht bezeichnende Ansinnen mit der Bemerkung ab, daß aus dem Briefkopf "keinerlei politische Schlüsse gezogen werden können".

Die Westalliierten waren in diesem Fall vernünftiger und einsichtiger als der deutsche Regierungschef. Die beschämende Tatsache bleibt freilich bestehen, daß der Kanzler in einer rein innerdeutschen Angelegenheit die Westalliierten strapazierte, sie um Intervention anging - jener Kanzler, der die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität, wie sie im Generalvertrag doch nur sehr beschränkt vorgesehen ist, als den größten Erfolg seiner Politik preisen läßt. Immerhin: Dieser Briefwechsel besagt mehr über die Einstellung des Kanzlers zu Berlin als alle deklamatorischen Beteuerungen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau